

Bundesminister Dr. Vogel

- (A) Freiheit kennt und weil er die Freiheit und die Grundrechte nicht opfern will, auch nicht unter dem Druck von Terroristen, die gerade dies als ihr Ziel anstreben.

(Beifall bei der SPD — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Da sind wir uns ja einig!)

Zweitens. Dieser Staat verfügt über Machtmittel, und er wird diese Machtmittel einsetzen. Die Justiz weiß, wir alle wissen, was wir zu schützen haben: den freiesten, sozialsten und demokratischsten Staat, den es bislang auf deutschem Boden gab. Die Angehörigen der Justiz wissen auch, daß es sich lohnt, für diesen Staat Opfer zu bringen.

(Beifall bei der SPD, der FDP und der CDU/CSU)

Der äußere Eindruck der Diskussion, die in diesen Tagen innerhalb und außerhalb dieses Hauses geführt wird, trägt. Der Riß geht in dieser Frage — und davon lasse ich mich nicht abbringen — nicht quer durch unser Volk. Die Risse verlaufen an den Rändern. Sie schließen diejenigen aus, die an den Enden des politischen Spektrums die Grundordnung unseres Staates bekämpfen. Quer durch unser Volk würde der Riß von denen getrieben, die etwa die Aktivitäten der Terroristen — unter welchem Aspekt auch immer — als förderliches Moment in ihr politisches Kalkül einbeziehen wollten.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Die erdrückende Mehrheit unseres Volkes ist mit diesem Staat solidarisch, und sie ist auch solidarisch mit Justiz und Polizei — solidarischer noch als vor Beginn des Terrors und bereiter noch, Unbequemlichkeiten hinzunehmen, die mit intensiven Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen zwangsläufig verbunden sind.

Und noch eine Bemerkung, meine Damen und Herren. Ich sprach von Würde. Zu dieser Würde gehört auch, daß wir bei aller Sorge und aller Beunruhigung das Gefühl für Proportionen nicht verlieren. Andere Völker bieten den Herausforderungen, mit denen wir es jetzt zu tun haben, schon seit Jahren die Stirn. Diese Völker beobachten uns. Sie haben unsere Aufbauleistung, unsere Friedenspolitik, unsere wirtschaftliche und soziale Stabilität aufmerksam und mit Achtung zur Kenntnis genommen. Wir sollten diesen Völkern jetzt nicht ein Schauspiel der Zwietracht, der Ratlosigkeit, der Mutlosigkeit und erst recht nicht ein Schauspiel der Selbstzerfleischung bieten.

(Jäger [Wangen] [CDU/CSU]: Sie schildern genau den Zustand der Koalition! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das sagen Sie Herrn Kühn!)

Wir sollten in unserem Reden und in unserem Tun deutlich machen, daß wir uns unserer Sache in dieser Republik sicher sind, weil eben unser Staat nicht ein abstraktes Machtgebilde und schon gar nicht ein Unterdrückungssystem, sondern eine Heimstatt unseres Volkes ist, eine Heimstatt, die wir uns nach bitteren geschichtlichen Erfahrungen in

einer großen Anstrengung geschaffen haben und die (C) wir alle — gerade auch meine Generation — von niemandem zerstören lassen wollen.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Schwacher Beifall!)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.

Ministerpräsident Dr. Filbinger (Baden-Württemberg): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Gestatten Sie einem Mitglied des Bundesrates ein Wort zum Thema „innere Sicherheit“ nicht allein deshalb, weil von der Zuständigkeit her die Länder hierbei mit in Rede stehen, sondern auch, weil die Länder aus ihrer Mitverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland und für deren allgemeine Politik hier gefordert sind.

Lassen Sie mich zunächst ein Wort zu dem sagen, was der Herr Bundesjustizminister soeben ausgeführt hat.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Mehr als ein Wort ist das nicht wert!)

Ich bin im Besitz des Katalogs über gesetzliche Maßnahmen im Bereich des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts zum Schutz der inneren Sicherheit seit 1969. Ich habe soeben mit Ihnen gehört, wie der Herr Bundesjustizminister auf einzelne Gesetze als Leistung seines Hauses und der Koalition besonders abgehoben hat. Dabei ist mir aber einiges aus der Tätigkeit des Bundesrates aufgefallen, etwa die unter Ziffer 2 aufgeführte Verbesserung des **Haftrechtes**. Das ist uns doch damals im Bundesrat begegnet. Wir haben hier eine Initiative der CDU/CSU-Fraktion mit Mehrheit im Bundesrat unterstützt. Aber wenn ich recht unterrichtet bin, ist diese Initiative in der ersten Lesung am 2. Februar 1972 an der Koalition gescheitert,

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

und es gab damals scharfe Rügen vom damaligen Bundesjustizminister, daß bei diesem Gesetz Geschäfte mit der Angst gemacht würden.

(Dr. Schäfer [Tübingen] [SPD]: In der ersten Lesung kann er ja gar nicht dazu reden!)

Erst nach der Baader-Meinhof-Sache ist dann dieses Gesetz über die Bühne gegangen. Vorher wurde der Vorwurf erhoben, es handle sich um Vorbeugehaft und um Schutzhaft. Solche und ähnliche diskriminierende Ausdrücke sind damals gefallen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ganz typisch!)

Ich wollte damit nur erwähnen, daß es sich hier ebenso wie bei dem Gesetz zur Schaffung von Wirtschaftsstrafkammern — § 74 c GVG — um eine Initiative aus der Mitte des Bundesrates gehandelt hat, nämlich des Freistaates Bayern.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)